



Pressespiegel zur Asylpolitik vom 04. April 2017

Erstellt von Mark Gärtner
gaertner@sprev.de

Geschehenes – Kurzmeldungen:

Blick nach Europa und die Welt

- Auf dem Weg von der Türkei nach Zypern wurden 92 Fliehende gerettet. Die Meldung, dass 147 Menschen vor Italien im Mittelmeer vermisst seien, hat die Internationale Organisation für Migration die Meldung im Nachhinein korrigiert. Insgesamt überlebten 141 der 147 Menschen die Flucht.
<http://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2017-03/mittelmeer-fluechtlinge-boot-untergang-150-menschen-vermisst> (29.03.17)
<http://www.zeit.de/news/2017-03/30/italien-weitgehende-entwarnung-nach-befuerchteter-fluechtlingstragedie-vor-italien-30194004> (30.03.17)
- Die Zahl der Fliehenden mit Staatsbürgerschaften afrikanischer Staaten steigt. Bis Ende März ist die Zahl um 51% gestiegen. Italien registriert zum gegebenen Zeitpunkt wieder vermehrt die Ankommenden und ihre Asylanträge doch gibt es bereits jetzt Anhaltspunkte dafür, dass die Fliehenden weiter Richtung Norden reisen. Es ist fraglich, ob sich Italien an die Dublin-III-Verordnung weiterhin gebunden fühlt.
<http://www.tagesspiegel.de/politik/steigende-zahlen-in-italien-mehr-fluechtlinge-aus-afrika/19603948.html> (03.04.17)
- Auf der griechischen Ägäis-Insel Chios hat sich ein Fliehender selbst angezündet, er wurde ins Krankenhaus eingeliefert. Auf Chios warten derzeit 3.500 Menschen darauf, von der Insel herunterzukommen.
<http://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2017-03/fluechtlingslager-chios-griechenland-fluechtling-selbstentzuendung> (30.03.17)
- Seit 2013 findet im Südsudan ein Bürgerkrieg statt, inzwischen sind 5,5 Millionen Menschen von Hunger betroffen. In einem Sumpfgebiet von der Größe Belgiens im Bundesstaat Unity lagern viele Fliehende, der Sumpf verspricht etwas Sicherheit vor den Milizen der Bürgerkriegsparteien. Unity ist einer der Hauptschauplätze des Krieges, hier gibt es reiche Ölvorkommen. Gleichzeitig gibt es in den Sümpfen weder Nahrung noch Trinkwasser, Krankheiten verbreiten sich schnell. Hilfsorganisationen haben kaum Zugang zum Land generell, diejenigen die da sind, wie Oxfam, schweigen sich aus Vorsicht um die Mitarbeiter*innen um Schuldzuweisungen bei Kriegshandlungen aus. Der UNO-Generalsekretär hatte im Februar an die internationale Gemeinschaft appelliert, vier Milliarden Euro für den Norden Afrikas und den arabischen Raum bereitzustellen um Hilfsleistungen zu finanzieren. Zugesagt wurden bisher zehn Prozent.

<http://www.spiegel.de/politik/ausland/hunger-im-suedsudan-im-sumpf-des-todes-a-1140393.html>
(25.03.17)

- In die Anrainerstaaten Syriens sind nun mehr als fünf Millionen Menschen geflohen.
http://www.deutschlandfunk.de/uno-mehr-als-fuenf-millionen-syrien-fluechtlinge-suchen-in.2932.de.html?drn:news_id=727772 (30.03.17)
- Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte hat die Internierung von acht Jugendlichen und einer schwangeren Frau in Ungarn gestoppt. Die Fliehenden hätten nach neuer Rechtslage in Ungarn für die Dauer ihres Asylverfahrens in Haft genommen werden können. Die Führung der regierenden Fidesz-Partei von Premierminister Viktor Orban reagierte empört, der Fraktionschef im Parlament dachte laut über den Austritt aus der Europäischen Menschenrechtscharta nach.
<http://www.sueddeutsche.de/politik/ungarn-gerichtshof-schreitet-ein-1.3440683> (28.03.17)
- Österreich hat ein neues „Integrationsgesetz“ und versteht darunter das Verbot der Burka, das Verbot, den Koran zu verteilen sowie unbezahlte Arbeit für Geflüchtete.
<http://www.taz.de/Strenges-Integrationsprogramm/!5396836/> (28.03.17)
- Expert*innen beobachten eine zunehmende Annäherung der deutschen und polnischen Neonazi-Szene. Gemeinsam organisierte Konzerte sind inzwischen keine Seltenheit mehr. Gewaltbereite Gruppierungen haben Bündnisse geschlossen, die neben dem gemeinsamen Demonstrieren auch zum gemeinsamen Überfall auf die Demo anderer aktiv werden.
<http://www.spiegel.de/politik/ausland/neonazis-in-polen-und-deutschland-internationale-verbruederung-der-rechten-a-1139724.html> (22.03.17)

Bund, Land, Kommune

- Vorvergangenen Montag fand die vierte Sammelabschiebung nach Afghanistan statt, 15 Menschen wurden deportiert. An der Aktion beteiligt waren die Bundesländer Baden-Württemberg, Brandenburg, Bayern, Hamburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern und Rheinland-Pfalz. Insgesamt wurden bisher 93 Menschen nach Afghanistan abgeschoben.
<http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/afghanistan-abgeschobene-asylbewerber-landen-in-kabul-14945744.html> (28.03.17)
<http://www.fr.de/politik/flucht-zuwanderung/sammelabschiebung-nach-afghanistan-erneut-afghanische-fluechtlinge-abgeschoben-a-1250691> (28.03.17)
- Die Wahrscheinlichkeit, in Deutschland einen Schutzstatus zu erhalten ist in Berlin (Anerkennungsquote von 24,9%) oder Sachsen (26,9%) niedriger als im Saarland (69%) oder Bremen (55,7%). Zu diesem Ergebnis kommen Wissenschaftler*innen der Universität Konstanz und ziehen den Schluss, es gebe eine „Asyl-Lotterie“ in Deutschland. Die Bundesbehörde des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) nehme Rücksicht auf „wahrgenommene Befindlichkeiten“ in den Bundesländern. Die Unterschiede in der Anerkennung fallen bei Menschen verschiedener Staatsbürgerschaft auch verschieden aus. Die Anerkennung von Menschen syrischer Staatsbürgerschaft bewegt sich bundesweit auf den annähernd selben Niveau, bei Menschen afghanischer oder irakischer Staatsbürgerschaft kann die Differenz bis zu 38% betragen. Vor allem sind es drei ausschlaggebende Faktoren, zunächst Arbeitslosenquote und Einwohnerzahl eines Bundeslands. Je niedriger erstere und je höher die zweite desto wahrscheinlicher die Anerkennung. Als dritter maßgeblicher Faktor wird eine hohe Zahl rassistischer Übergriffe im Bundesland ausgemacht. Die rechtsradikale Stimmung in Teilen der Bevölkerung wirke sich auf die Entscheidungen der BAMF-Außenstellen aus, schreiben die Wissenschaftler*innen.
Der sächsische Ausländerbeauftragte hat die Studie nicht verstanden und betont, die Vorgaben der BAMF seien einheitlich. Die Studie suggeriere ungerechtfertigterweise Zufall und Willkür. Dass tatsächlich die Umsetzung der Vorgaben und nicht die Vorgaben selber

Gegenstand der Studie waren, verkennt Mackenroth. Dass das hohe Maß an Rechtsradikalismus in Sachsen Wirkung auf die Entscheidungen der sächsischen BAMF-Außenstellen habe, hält Mackenroth für unvorstellbar.

<http://www.n-tv.de/politik/Asyl-Anerkennung-haengt-von-Bundesland-ab-article19766470.html>
(27.03.17)

<http://www.mdr.de/nachrichten/politik/inland/mackenroth-bamf-keine-asyl-lotterie-100.html>
(28.03.17)

- Der Bundestag berät momentan über das „Gesetz zur besseren Durchsetzung der Ausreisepflicht“. Unter anderem soll das BAMF hier vollen Zugriff auf die Handydaten von Geflüchteten bekommen. Die Chefin der Behörde, Jutta Cordt, unterstützt das Vorhaben, dies würde dem BAMF erleichtern, die Identität von Geflüchteten festzustellen. Davon abgesehen, dass ein solcher erheblicher Eingriff in die Privatsphäre durch den Zugriff auf Daten grundsätzlich abzulehnen ist, sei daran erinnert, dass das BAMF eine überaus schlampige Behörde ist. Von dieser Schlampigkeit ist eine Vielzahl von Geflüchteten betroffen. Nicht wenige Verwaltungsgerichte, Anwält*innen und Asylberatungsstellen übernehmen den Job des BAMF und treten dafür ein, dass der Einzelfall auch im Asylrecht zählt. BAMF-Mitarbeiter*innen sollten definitiv keinen Zugriff auf noch mehr sensible Informationen und Daten haben.
<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlinge-bamf-chefin-jutta-cordt-setzt-auf-auslesen-von-handydaten-a-1141248.html> (31.03.17)
- Diplomat*innen und Militärs türkischer Staatsbürgerschaft beantragen verstärkt Asyl in Deutschland, im Februar wurden 136 Asylgesuche registriert, insgesamt liegen dem BAMF 262 Gesuche vor. Der *Spiegel* hatte berichtet, dass das BAMF seine Leitsätze für die Türkei überarbeitet und von systematischer Verfolgung spricht.
<http://www.zeit.de/politik/deutschland/2017-04/asylpolitik-tuerkei-diplomaten-beantragen-asyl-in-deutschland> (01.04.17)
- Der Bundesrechnungshof hat der Bundesagentur für Arbeit die Verschwendung von 400 Millionen Euro vorgeworfen. Die Agentur hatte mit diesem Betrag Deutschkurse für Geflüchtete finanziert. Es fehlte aber an Standards und Richtlinien für die Kurse sowie die Qualifizierung der Lehrkräfte, außerdem wurden Zugangsbeschränkungen wie Altersgrenzen nicht definiert. Die Bundesagentur für Arbeit beruft sich auf das knappe Zeitfenster in 2015, für den Bundesrechnungshof ist das aber nicht Argument genug.
<http://www.zeit.de/politik/ausland/2017-03/fluechtlinge-deutschkurse-bundesagentur-fuer-arbeit-vorwurf-verschwendung> (28.03.17)
- Der sächsische Innenminister Markus Ulbig hat die Polizeiliche Kriminalitätsstatistik mit den Zahlen des Jahres 2016 vorgestellt. Dass Rechtsradikalismus ein Problem sei, geht aus ihr hervor. Die Statistik führt im Weiteren eine gesonderte Statistik für die Kriminalität von Migrant*innen und Geflüchteten. Die Täter*innen seien in erster Linie jung und männlich. Eine Vergleichsgruppe von Menschen mit deutscher Staatsbürgerschaft mit denselben Merkmalen weise zudem eine höhere Kriminalitätsneigung auf. Trotz der Vergleichsgruppe wird Kritik am Innenminister und seiner Statistik sowie deren Präsentation laut. Hier seien nach Ansicht von Linken und Grünen bewusst Ressentiments geschürt worden, unter anderem, indem von CDU-Seite gefordert wurde, die „Gruppe der Zuwander*innen“ verstärkt „in den Fokus“ zu nehmen. Dabei machen die sogenannten Mehrfach- und Intensivstraftäter lediglich 1,1% unter den als Zuwander*innen bezeichneten. Die Schlussfolgerung für die CDU: noch härtere und schnellere Strafen, wie die zügige Abschiebung. Nach den Ursachen zu suchen ist offenbar keine Option. Dass die Unterbringung über mehrere Monate wenn nicht über Jahre in zentralen Unterkünften belastend für Menschen sein kann und Alkohol- und weitere Drogendelikte sowie Körperverletzung die nahezu zwangsläufige Folge seien, erkennen die CDU-Politiker*innen nicht. Weiterhin fällt auf, dass von Abschiebung Bedrohte aus den „Sicheren

Herkunftsstaaten“ vermehrt in der Statistik auftauchen. Dass es einen Zusammenhang zwischen fehlender Bleibeperspektive und Kriminalität geben könnte, wird vom Innenministerium nicht erklärt. Stattdessen werde das Vorurteil geschürt, „Ausländer*innen“ seien per se eher kriminell als „Deutsche“.

<https://www.l-iz.de/politik/sachsen/2017/03/Sachsens-Innenminister-macht-mit-Polizeistatistik-Stimmung-gegen-Zuwanderer-173062> (29.03.17)

- Die Zahl der Suizidversuche unter Geflüchteten hat sich in Bayern auf 162 Fälle im Jahr 2016 erhöht, vier davon endeten tödlich. Dies ist eine Verdreifachung zu 2015. Die Grünen werfen der bayerischen Landesregierung vor, dafür mitverantwortlich zu sein und bringen die hohe Zahl mit der rigiden Abschiebep Praxis des Freistaats in Zusammenhang. Bei etwa der Hälfte der Fälle konnte das Motiv nicht ermittelt werden. 43 Menschen afghanischer Staatsbürgerschaft versuchten, sich das Leben zu nehmen. Für die Ärztin Rabee Mokhtari-Nejad ist diese Zahl auffällig, sie bemerkt einen hohen Anteil Traumatisierter unter den Geflüchteten afghanischer Staatsbürgerschaft. Sie erinnert daran, dass in Afghanistan seit Jahrzehnten Krieg herrsche, dementsprechend tief und weitverbreitet seien die Wunden.
<http://www.sueddeutsche.de/bayern/asyl-zahl-der-suizidversuche-von-fluechtlingen-in-bayern-hat-sich-verdreifacht-1.3445132> (02.04.17)
- In Berlin leben noch immer 12.000 Menschen in Notunterkünften. Am Freitag vergangener Woche schlossen zwei weitere Turnhallen, als nächstes sollen die Menschen im ehemaligen Hangar des Flughafens Tempelhof umziehen. Genügend alternative Unterkünfte für die 12.000 gibt es aber nach wie vor nicht. Der Artikel der *Zeit* zeigt, woran die Berliner Pläne, zum Beispiel Wohncontainer zu errichten, scheiterten. Drei Beispiele: Baufehler, falsch verlegte Elektroleitungen, falsche Kostenkalkulation. Einige Menschen sind inzwischen seit bis zu anderthalb Jahren in den Unterkünften.
<http://www.zeit.de/gesellschaft/2017-03/fluechtlinge-turnhallen-unterbringung-berlin-senat-notunterkunft> (31.03.17)
- Vorvergangenen Samstag demonstrierten knapp 1.000 Menschen afghanischer Staatsbürgerschaft sowie Unterstützer*innen gegen Abschiebungen nach Afghanistan. Die von den Geflüchteten selber organisierte Demonstration fand in der Leipziger Innenstadt statt.
<http://www.mdr.de/sachsen/leipzig/afghanen-demonstrieren-gegen-abschiebungen-100.html> (25.03.17)
- Die Radebeuler Stadtratsfraktion der CDU hat dem Willkommensbündnis „Buntes Radebeul“ ein Ultimatum gestellt. Vereinsmitglieder hatten Abschiebeterminen auf Facebook gepostet, sie sollen nach dem Willen der örtlichen CDU bis zum 20. April vom Verein ausgeschlossen werden. Das Posten von Abschiebeterminen ist legal. Hat der SFR mal rausgefunden.
<http://www.sz-online.de/nachrichten/cdu-fraktion-stellt-ultimatum-fuer-buntes-buendnis-3640354.html?desktop=true> (20.03.17)

Hintergrund und Meinung

- In Schweden gibt es ein medizinisches Rätsel. Kinder und Jugendliche die von Abschiebung bedroht sind verfallen in Apathie. Nach und nach verlieren sie die Fähigkeit zu sprechen, Nahrung und Flüssigkeit zu sich zu nehmen und sich zu bewegen. Was anfangs so aussah, als ob es dieses Rätsel nur in Schweden und nur bei von Abschiebung Bedrohten gibt, ist inzwischen zu einer weltweiten Suche nach ähnlichen Krankheitsmustern in der Gesundheitsgeschichte geworden. In Schweden wird die Krankheit Uppgivenessyndrom genannt. Eine wirklich medizinische Erklärung gibt es nicht. Die schwedische Gesellschaft kennt das medizinische Phänomen schon länger. Im Jahr 2005 wurde mit 400 betroffenen Kindern gerechnet, im vergangenen Jahr wurde bei 60 Kindern die Krankheit diagnostiziert.

Gestorben sei bisher niemand, doch gibt es Menschen, die seit vier Jahren apathisch seien und nicht geheilt werden könnten. Erklärungen, die sich auf kulturelle Kategorien berufen, sind heute weitestgehend von der Wissenschaft verworfen worden.

Rachel Aviv von *The New Yorker* begleitet in dieser Reportage Georgi, der mit seinen Eltern aus Russland geflohen ist. Als die schwedische Migrationsbehörde die Abschiebung im Sommer 2015 ankündigt, verfällt auch er in Schweigen, muss bald im Rollstuhl gefahren werden und verliert an Gewicht. Während der damals 13-jährige sich anfangs zurückzieht und seine Eltern mit Vorwürfen konfrontiert, kann er im Dezember bereits nicht mehr das Bett verlassen. Psychiater*innen wandten sich bereits im Jahr 2015 an das schwedische Migrationsministerium und erklärten, dass nach ihren Beobachtungen nur eine Heilung helfe: eine Aufenthaltserlaubnis. Diese Einschätzung wurde im Laufe der Jahre bestätigt. Weiterhin zeigt sich, dass die Krankheit „ansteckend“ sein kann. Zwei aus dem Kosovo geflohenen Schwestern sind nacheinander erkrankt, zuerst die Jüngere, dann die Ältere.

Heute erklären Psychiater*innen die Krankheit mit sozialem Ausschluss. Menschen, denen die Gesellschaft oder Individuen unmissverständlich deutlich gemacht hätten, dass sie nicht erwünscht sind, seien anfällig für das Syndrom. Die betroffenen Kinder in Schweden fänden sich mitten in einer hochpolitisierten Debatte wieder und versuchten sich, in eine Gesellschaft zu integrieren, in der genau diese Integrationsfähigkeit infrage gestellt werde. Insofern sei die Krankheit kein medizinisches Problem was durch Ärzt*innen gelöst werden könne. Es sei viel mehr ein soziales und strukturelles Problem auf das es nur eine politische Antwort geben könne. Dass es bisher nur in Schweden dokumentierte Fälle gebe heiße zudem nicht, dass das Phänomen nicht auch in anderen Staaten bei von Abschiebung Bedrohten auftrete. Es brauche hier eine gewisse Sensibilität im Selbstverständnis von Medizin und Wissenschaft in einer Gesellschaft, um die Lebensumstände und Biographien auch von Abschiebung Bedrohten bei der Diagnose zu berücksichtigen.

Georgis Familie erhielt auf Grund seines Zustands eine Aufenthaltserlaubnis im Mai 2016. Es brauchte zwei Wochen, bis Georgi die Augen öffnen konnte. Im Herbst war er wieder in der Lage, die Schule zu besuchen. Das Erleben während seiner Krankheit beschreibt er, als hätte er sich in einem Glaskäfig aufgehalten.

http://www.newyorker.com/magazine/2017/04/03/the-trauma-of-facing-deportation?mbid=social_facebook (03.04.17)

- „Der Skandal heißt Dublin“ kommentiert Lenz Jacobsen in der *Zeit*. Die vom Bundesinnenministerium und anderen EU-Mitgliedsstaaten geforderten erneuten Abschiebungen nach Griechenland belegen nur das Ausmaß der Unmenschlichkeit und Unsolidarität, die dieses Abkommen seit seiner Verabschiebung in 1997 produziert. Der Sommer der Migration im Jahr 2015 habe gezeigt, dass das Abkommen nicht funktioniere. Zuletzt hatte Bundesaußenminister Sigmar Gabriel in Athen infrage gestellt, ob tatsächlich wieder nach Griechenland abgeschoben werde.

<http://www.zeit.de/politik/ausland/2017-03/europaeische-union-asylpolitik-fluechtlinge-griechenland-dublin-vertraege> (23.03.17)

- Eine Reportage über die Verzweiflung, die unter den Geflüchteten in Belgrad herrscht während sie darauf warten, über Ungarn ihre Flucht fortsetzen zu können. In der „Wartehalle Europas“, wie Martin Gerner Serbien hier im *DLF* bezeichnet, sind derzeit etwa 8.000 Menschen davon betroffen. Von den brutalen Maßnahmen, die Ungarn ergriffen hat, wissen die Fliehenden – dass Bewaffnete an der Grenze stehen, dass sie illegalerweise mittels Push-backs zurückgeschickt werden und dass sie inhaftiert werden, sollten sie die Grenze tatsächlich überqueren können. Serbische Behörden fordern die EU auf, eine gemeinsam Asylpolitik zu etablieren. Die Begründung Serbiens für die dramatische Lage der Menschen: als Transitland seien keine Vorbereitungen für längerfristige Aufenthalte der Fliehenden getroffen worden.

http://www.deutschlandfunk.de/fluechtlinge-in-serbien-ungarns-grenzregime-und-die-folgen.1773.de.html?dram:article_id=382695 (31.03.17)

- Der Präsident des Sächsischen Verfassungsschutzes Gordian Meyer-Plath erkennt im Interview mit der LVZ, dass es keine Entwarnung für, er gebraucht den Begriff, den grassierenden „Rechtsextremismus“ in Sachsen geben könne. Er bleibe, soviel gesteht er zu, „Daueraufgabe und größtes Problem“. Es könnten nach Meyer-Plath noch mehr terroristische Vereinigungen wie die Gruppe Freital in Sachsen existieren. Er spricht weiterhin davon, dass der Verfassungsschutz im „frühen Jahr 2015“ virtuell über die Gruppe Freital Bescheid wusste. Am 27. Juli 2016 begeht die Gruppe den ersten, ihr zugerechneten Anschlag auf das Auto eines Stadtrats der Linken. Es folgen vier weitere Anschläge bis einschließlich November 2015. Auch über die Reichsbürger*innen weiß er jetzt wenigstens Bescheid. Sie gefährden laut Meyer-Plath die freiheitlich-demokratische Grundordnung. Was den*die Leser*in überrascht, denn alles nach '45 haben sie erstens nicht anerkannt und zweitens als Mega-Verschwörung erklärt. Warum es problematisch ist, von „Rechts-“ und Linksextremismus“ zu sprechen, zeigt Meyer-Plath im Interview souverän, indem er Terrorist*innen, die den Tod von Menschen verantworten beziehungsweise in Kauf nehmen mit Menschen gleichsetzt, die an Demonstrationen teilnehmen. Auch für diese seiner Ansicht nach nicht minder gefährlichen „Linksextremist*innen“, die vor allem mit versamlungsrechtlichen Delikten in der Statistik auftauchen, könne keine Entwarnung gegeben werden. Leipzig als Hort des „Linksextremismus“ verleiht Meyer-Plath den Titel „Bundesweiter Schwerpunkt“.
<http://www.lvz.de/Mitteldeutschland/News/Meyer-Plath-Die-Gruppe-Freital-koennte-fuer-viele-Orte-in-Sachsen-steinen> (30.03.17)

Der Pressespiegel wird herausgegeben von:

Sächsischer Flüchtlingsrat e.V.
Dammweg 5
01097 Dresden
E-Mail: info@saechsischerfluechtlingsrat.de

Refugee Law Clinic Leipzig
Burgstraße 27
04109 Leipzig
Email: refugeelawclinic@uni-leipzig.de

Der Sächsische Flüchtlingsrat e.V. wird gefördert durch:

PRO ASYL
FÖRDERVEREIN PRO ASYL E.V.

Leben retten – Rechte schützen

 UNO-Flüchtlingshilfe